

Geschichte der Arbeiterbewegung  
Texte – Biographien – Dokumente

Ernst Breit (Hrsg.)

# Aufstieg des Nationalsozialismus Untergang der Republik Zerschlagung der Gewerkschaften

Dokumentation der historisch-politischen  
Konferenz des DGB im Mai 83 in Dortmund

Redaktion: Ulrich Borsdorf, Hans O. Hemmer,  
Werner Milert, Holger Mollenhauer

Bund-Verlag

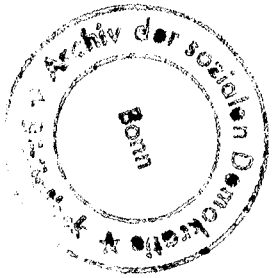
CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

*Aufstieg des Nationalsozialismus, Untergang der Republik, Zerschlagung der Gewerkschaften* : Beitr. zur Geschichte d. Arbeiterbewegung zwischen Demokratie u. Diktatur / Ernst Breit (Hrsg.). Red.: Ulrich Borsdorf . . . - Köln : Bund-Verlag, 1984.

(Geschichte der Arbeiterbewegung)

ISBN 3-7663-0918-8

NE: Breit, Ernst [Hrsg.]



© 1984 by Bund-Verlag GmbH, Köln

Lektorat: Dieter Gaarz

Herstellung: Heinz Biermann

Umschlag: Roberto Patelli, Köln

Druck: Buch- und Offsetdruckerei Wagner GmbH, Nördlingen

ISBN 3-7663-0918-8

Printed in Germany 1984

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere die des öffentlichen Vortrags, der Rundfunksendung und der Fernsehausstrahlung, der fotomechanischen Wiedergabe, auch einzelner Teile.

A86-2024

## Inhalt

<i>Ernst Breit</i>	
Vorwort. . . . .	9
<i>Gerd Muhr</i>	
Eröffnung und Begrüßung . . . . .	11
<i>Ernst Breit</i>	
Grundsatzreferat	
Der DGB stellt sich der Geschichte . . . . .	13
<b>Podiumsdiskussion</b>	
»Wie konnte es geschehen?« . . . . .	23
Jugendliche im Gespräch mit Zeitzeugen und Wissenschaftlern	
<i>Leitung: Manfred Erdenberger</i>	
<i>Zeitzeugen:</i>	
<i>Willy Brandt</i>	
<i>Ernst Leuninger</i>	
<i>Adolf Mirkes</i>	
<i>Adam Wolfram</i>	
<i>Wissenschaftler:</i>	
<i>Prof. Dr. Helga Grebing</i>	
<i>Prof. Dr. Hans-Josef Steinberg</i>	
<b>Arbeitsgruppe 1</b>	
<b>Die Niederlage der organisierten Arbeiterschaft im Kampf gegen den deutschen Faschismus. . . . .</b>	<b>71</b>
<i>Leitung: Hans Mommsen</i>	
<i>Beiträge:</i>	
<i>Heinrich Pothhoff</i>	
Zur Rolle der Gewerkschaften in der Weimarer Republik . .	73

<i>Arno Klönne</i> Fragwürdige Leitbilder der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik . . . . .	85
<i>Helga Grebing</i> Thesen zur Niederlage der organisierten Arbeiterschaft im Kampf gegen den deutschen Faschismus . . . . .	94
<i>Berichterstattung:</i> <i>Henryk Skrzypczak</i> . . . . .	107
<b>Arbeitsgruppe 2</b> <b>Arbeitslosigkeit – Sozialabbau – Demokratieverlust</b> <b>Gewerkschaftliche Handlungsspielräume in der Krise.</b> . . . .	117
<i>Leitung: Hans-Hermann Hartwich</i>	
<i>Beiträge:</i> <i>Carl-Ludwig Holtfreich</i> Arbeitslosigkeit – Sozialabbau – Demokratieverlust. Ergebnis zu hoher Löhne in der Weimarer Republik? . . . . .	119
<i>Dietmar Petzina:</i> Merkmale der Weltwirtschaftskrise in Deutschland . . . . .	128
<i>Bernd Weisbrod</i> Konsens oder Konflikt? Unternehmer und Gewerkschaften in der Krise 1928 bis 1933 . . . . .	137
<i>Michael Schneider</i> Arbeitsbeschaffungspolitik zwischen sozialer Reaktion und Zerschlagung der Gewerkschaften 1932 bis 1933 . . . . .	148
<i>Berichterstattung:</i> <i>Michael Schneider</i> . . . . .	157
<b>Arbeitsgruppe 3</b> <b>Arbeiteropposition – Widerstand – Exil</b> <b>Arbeiter ohne Gewerkschaften</b> . . . . .	165
<i>Leitung: Lutz Niethammer</i>	
<i>Beiträge:</i> <i>Ulrich Borsdorf</i> Hat es den gewerkschaftlichen Widerstand gegeben? . . . . .	167
<i>Günter Plum</i> Politik und Widerstand von Parteien und Parteigruppen aus dem Bereich der Arbeiterbewegung . . . . .	176

<i>Klaus Tenfelde</i> Zwischen Betrieb und Kommune. Zum Arbeiterverhalten im Nationalsozialismus . . . . .	185
<i>Timothy W. Mason</i> Massenwiderstand ohne Organisation. Streiks im faschistischen Italien und im NS-Deutschland . . . . .	197
<i>Detlev J. K. Peukert</i> Arbeiterjugendliche im Dritten Reich . . . . .	213
<i>Berichterstattung:</i> <i>Detlev J. K. Peukert</i> . . . . .	219
<i>Ilse Brusis</i> Schlußwort . . . . .	226
<b>Anhang</b>	
Teilnehmerverzeichnisse . . . . .	231
Literaturhinweise . . . . .	245
Personenregister . . . . .	260
Sachregister . . . . .	262
Abkürzungsverzeichnis . . . . .	265

## Arbeitsbeschaffungspolitik zwischen sozialer Reaktion und Zerschlagung der Gewerkschaften 1932 bis 1933\*

Gewiß sollte ich gleich an die Ausführungen von Herrn Petzina zur Arbeitsbeschaffungspolitik anknüpfen; doch ich kann der Versuchung nicht widerstehen, zuvor noch einige Worte zur Entwicklung der gewerkschaftlichen Arbeitsbeschaffungsinitiative zu sagen: In der Diskussion des gestrigen Abends schien Konsens darüber zu herrschen, daß die Gewerkschaften – d. h. die Freien Gewerkschaften – arg verspätet mit einem durchgreifenden Programm auf die Wirtschaftskrise reagiert hätten. Wenn man jedoch berücksichtigt, daß die Gewerkschaften mit dem WTB-Plan Neuland betreten haben, daß sie – in Übereinstimmung mit dem Postulat innerorganisatorischer Demokratie – einen solchen Plan erst intern diskutieren und schließlich als Programm verabschieden mußten, dann scheint mir die Ausarbeitung eines Krisenprogramms sogar sehr schnell erfolgt zu sein. Ab Mitte/Ende 1930 haben die Gewerkschaften wohl das besondere Ausmaß der Weltwirtschaftskrise erkannt. Das erste Rezept gegen ein weiteres Ansteigen der Arbeitslosigkeit war die Forderung nach Einführung der 40-Stunden-Woche; auch von manch einem Gewerkschafter ist dieses Konzept jedoch als »Verteilung der Not« – denn an Lohnausgleich war nicht zu denken – abgelehnt worden.

Ende 1930 wurden dann im kleinen Kreis – vom Statistiker des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) Wladimir Woytinsky, vom (bereits gestern öfter genannten) Vorsitzenden des Holzarbeiterverbandes Fritz Tarnow und vom sozialdemokratischen Agrarspezialisten Fritz Baade – Überlegungen angestellt, ob man nicht durch defizitär finanzierte staatliche Aufträge im Umfang von etwa 2 Milliarden Reichsmark (RM) eine Initialzündung zur Wiederbelebung der Wirtschaft geben könnte. Mit diesem nach den Autoren WTB-Plan genannten Konzept wurden Inflationsbefürchtungen geweckt – was angesichts der Erfahrung der Hochinflation, die gerade 7 oder 8 Jahre zurücklag, vielleicht verständlich erscheinen will, was aber an der Realität des vorangeschrittenen Deflationsprozesses vorüberging. In der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wurden die Inflationsbefürchtungen

handlungsorientierend, so daß das vom ADGB am 13. April 1932 auf dem Krisenkongreß verabschiedete Arbeitsbeschaffungsprogramm nicht sofort zu einer gemeinsam getragenen parlamentarischen Initiative führte. Erst Ende August/Anfang September hat die SPD-Fraktion ihre Vorstellungen zur »Belebung der Wirtschaft« in mehreren Gesetzesanträgen konkretisiert, von denen einer auch das Arbeitsbeschaffungsprogramm – im Umfang von 1 illiarde RM – ansprach. Mit dieser eher behutsamen Initiative konnte man gewiß den Nationalsozialisten nicht das Wasser abgraben, die seit Frühjahr 1932 die Forderung nach Arbeitsbeschaffung zu einer der zentralen Aussagen ihres Programms gemacht hatten. Gewerkschaften und SPD haben – so will es mir scheinen – im Frühjahr 1932 die Chance verpaßt, das Thema »Arbeitsbeschaffung« für sich zu besetzen. Ob es nun aber viel geholfen hätte, wenn SPD und ADGB in geschlossener Front für Arbeitsbeschaffung eingetreten wären, mag indessen als zweifelhaft gelten. Ob die Wahlen vom 31. Juli 1932, die der NSDAP enorme Gewinne brachten, anders ausgegangen wären, weiß ich nicht zu sagen; Skepsis ist bestimmt angebracht. Aber man sollte auch sehen, daß die »konjunkturpolitischen Reformer« in den Gewerkschaften in ihren zeitgenössischen Kommentaren zur politischen Entwicklung des Sommers 1932 bedauernd darauf hingewiesen haben, daß die Nationalsozialisten ihnen ein massenwirksames Thema der politischen Propaganda abgenommen hatten.

Spätestens im Frühjahr 1932 – mit dem Krisenkongreß des ADGB vom 13. April und der Reichstagsrede Gregor Strassers von der NSDAP am 10. Mai – ist das Thema »Arbeitsbeschaffung« zu einer zentralen Frage der Innenpolitik aufgerückt. Auch die Regierung Brüning mit ihrer deflationistischen Wirtschaftspolitik hat sich dem Druck der Öffentlichkeit nicht völlig entziehen können; im Frühjahr 1932 wurde in den Ministerien ein Arbeitsbeschaffungsprogramm ausgearbeitet, das indessen nur insgesamt 135 Millionen Reichsmark umfassen sollte. Wenn man berücksichtigt, was die Regierung Brüning zuvor – gemäß ihrer wirtschaftspolitischen Priorität: Etaausgleich durch Sparen – an Ausgaben gestrichen hatte, dann können diese 135 Millionen nicht mal wie ein Tropfen auf den heißen Stein gewirkt haben. Das war wohl auch allen Beteiligten klar: Reichsarbeitsminister Adam Stegerwald, selbst aus der christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung kommend, hatte sich gescheut, vor die Delegierten des Krisenkongresses »mit leeren Händen« zu treten. Der notverordnete Lohn- und Sozialabbau sollte durch die Aussicht auf ein staatliches Arbeitsbeschaffungsprogramm versüßt werden. Die Regierung Brüning ist jedoch durch ihre Demission daran gehindert worden, ihr ohnehin bescheidenes Arbeitsbeschaffungskonzept zu realisieren.

Wohl nur in der Regierungszeit Brünings hätte eine offensive Konjunkturpolitik indessen einen Beitrag zur Stabilisierung der Weimarer Republik leisten können. Zwar kann darüber gestritten werden, ob etwa in der Zeit nach der Bankenkrise vom Sommer 1931 ein großangelegtes Arbeitsbeschaffungsprogramm zur Behebung der Wirtschaft oder auch nur zum Abbau der Arbeitslosigkeit hätte führen können. Ich möchte jedoch vermuten, daß eine Arbeitsbeschaffungsinitiative zu diesem Zeitpunkt zumindest eine Verlangsamung der Zunahme der Arbeitslosigkeit bewirkt und darüber hinaus das Vertrauen breiter Bevölkerungskreise in die Handlungsbereitschaft und -fähigkeit wenigstens der Regierung gestärkt hätte, was – wieder eine Vermutung – vielleicht auch die Abkehr von der Staatsform der parlamentarischen Republik aufhalten hätte. Letztere Vermutung gilt vielleicht auch noch, wenn im Frühjahr 1932 eine den Vorstellungen der Gewerkschaften entsprechende Arbeitsbeschaffungs politik eingeleitet worden wäre.

### Papens »konjunkturpolitische Wende«

Aber auch die Regierung Papen, das »Kabinett der Barone«, hat zunächst einmal nur die Planungen ihrer Vorgängerin mit der Notverordnung vom 14. Juni 1932 in die Tat umgesetzt: 135 Millionen RM wurden für öffentliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im Bereich des Verkehrs- und Wasserwesens sowie landwirtschaftlicher Strukturverbesserungen bereitgestellt; außerdem wurden die Mittel für den Freiwilligen Arbeitsdienst von 22 Millionen auf 40 Millionen RM aufgestockt; zu erwähnen sind noch die Reichsbürgschaften zur Absicherung von Aufträgen aus der Sowjetunion, die sogenannten Russenkredite, mit deren Hilfe der Export gefördert werden sollte. Diese Maßnahmen waren jedoch eingebunden in ein Konzept forcierten sozialen Abbaus. Mit den notverordneten Kürzungen von Löhnen und Sozialleistungen knüpfte Franz von Papen an seine Antrittserklärung vom 4. Juni 1932 an, in der er eine »moralische Erneuerung« gefordert hatte; die vom Wohlfahrtsstaat gezüchtete moralische Zermürbung und das übersteigerte Anspruchsdenken mußten bekämpft werden – so hieß es. Die Gewerkschaften protestierten ohnmächtig gegen die »reaktionäre Politik« des »Klassenkampfes von oben« – und hofften auf die nächsten Wahlen vom 31. Juli 1932.

Schon rasch wurde den Regierungs-Politikern klar, daß die bisher für öffentliche Aufträge bereitgestellten Mittel viel zu gering dimensioniert waren, um auch nur einigermaßen den angestrebten Effekt einer Trendwende zu erzielen; auch reichte ein Programm

dieser Größenordnung gewiß nicht aus, um die Forderungen nach Arbeitsbeschaffungs politik auch nur zeitweilig zu befriedigen. Reichsarbeitsminister Hugo Schäffer verlangte bereits am 28. Juni 1932, also nur zwei Wochen nach der Verabschiedung der Notverordnung vom 14. Juni, in internen Beratungen die Aufstockung der Arbeitsbeschaffungsmittel um 150 Millionen RM. Am 21. Juli 1932 dann, einen Tag nach der Reichsexekution gegen die sozialdemokratisch geführte preußische Regierung, beschloß das Kabinett, die Summe der Arbeitsbeschaffungsmittel auf 207 Millionen RM anzuheben. Den Weg für diese Aufstockung der Mittel für öffentliche Aufträge hat gewiß die Regelung der Reparationsfrage in Lausanne am 8. Juli 1932 freigemacht; als späte Frucht der Brüning'schen Politik fiel Papen dieser Erfolg in den Schoß: Nach frühestens drei Jahren sollte Deutschland noch eine letzte Rate der Reparationen von 3 Milliarden Goldmark zahlen. Sicher war die Entscheidung vom 21. Juli auch der Versuch des Kabinetts, von den Ereignissen des Vortages abzulenken – dies um so mehr, da doch am 31. Juli 1932 Wahlen bevorstanden. Daß das Wahlergebnis durch die Aufstockung der Arbeitsbeschaffungsmittel positiv beeinflusst wurde, wird man jedoch kaum sagen können: Die NSDAP verzeichnete starke Gewinne; mit 230 Abgeordneten wurde sie – weit vor der SPD (135), der KPD (89) und dem Zentrum (75) – zur stärksten Partei.

Ende August stellte Papen ein neues Wirtschaftsprogramm der Öffentlichkeit vor. Dieser »Papen-Plan« sah die Aufstockung der Arbeitsbeschaffungsmittel auf gut 300 Millionen RM vor. In den Notverordnungen vom 4. und 5. September wurden im einzelnen folgende Arbeiten projektiert: Maßnahmen im Reichswasserstraßenbau (50 Millionen RM), Straßenbau (102), landwirtschaftliche Bodenverbesserung (51), Tiefbauarbeiten (52), vorstädtische Kleinsiedlung (20), landwirtschaftliche Siedlung (10), Abwracken alter Schiffe (12), Schiffsbau (5).

Daß die Siedlungsmaßnahmen nur eine – im Vergleich zur Politik Brünings – geringe Rolle spielten, dürfte vor allem auf den Einfluß der Agrarier zurückzuführen sein, an deren Einspruch zuvor Brüning gescheitert war. Nur am Rande sei erwähnt, daß die Siedlungspläne zum Teil agrarromantischen Ideen entsprachen, nach denen die Industrialisierung Deutschlands ohnehin als zu weitgehend galt; »zurück auf's Land« und damit »Verwurzelung in Heimat und Scholle« – dies galt als eine Möglichkeit, den angeblich verderblichen Einflüssen der Großstadt entgegenzuwirken.

Weniger die erneute Erhöhung der Mittel als die vorgesehene Art der Finanzierung läßt den Papen-Plan als eigentliche »Wende der Konjunkturpolitik« erscheinen. Erstmals ist hier bewußt der Weg zur defizitären Finanzierung der Arbeitsbeschaffungs politik einge-

schlagen worden. Das Instrument, mit dem der Wirtschaft »Hilfe zur Selbsthilfe« geleistet werden sollte, die Steuergutscheine, zeigt indessen sehr deutlich die privatwirtschaftliche Interessenbindung der Regierung. Die Steuergutscheine sollten von der Gesellschaft für öffentliche Arbeiten und von der Rentenbank-Kreditanstalt – den Trägern der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen – als Deckung für langfristige Kredite benutzt werden. Der Privatwirtschaft wurde damit im Vorgriff auf spätere Staatseinnahmen ein Kredit von insgesamt 1,5 Milliarden RM eingeräumt. Die subventionistische Grundlinie der Politik wird überdies deutlich am Instrument der Mehrbeschäftigungsprämien: Die Unternehmen erhielten für jeden zusätzlich eingestellten Arbeiter eine Lohnprämie von 400 RM (in Steuergutscheinen) pro Jahr; der Gesamtumfang dieser Maßnahme sollte 700 Millionen RM erreichen.

Festzuhalten ist, daß der Schwerpunkt der Arbeitsbeschaffungspolitik Papens bei den Maßnahmen zur – wie es hieß – Freisetzung der unternehmerischen Eigeninitiative lag, die dann auch mit großem propagandistischem Aufwand gefeiert wurde. Gemäß dieser interessenpolitischen Grundorientierung wurde das Programm begleitet von weiteren Eingriffen in die Tariflöhne und weiteren Senkungen der Sozialleistungen.

Die unternehmerischen Interessenorganisationen haben diesen Weg der Konjunkturbelebung im großen und ganzen gebilligt; sowohl die Maßnahmen zur Flexibilisierung des Tarifvertrages als auch die Subventionen (Steuergutscheine und Mehrbeschäftigungsprämie) wurden begrüßt. Gerade diese Punkte stießen auf die Kritik der Gewerkschaften. Subventionspolitik für die Privatwirtschaft und die Eingriffe in laufende Tarifverträge – so konnten nach der Notverordnung vom 5. September 1932 bei Mehrbeschäftigung von Arbeitnehmern die Tariflöhne um 50% gekürzt werden – galten den Gewerkschaften erneut als Indizien für die sozialreaktionäre Politik Papens. Die Gewerkschaften sahen ihre Existenz gefährdet, protestierten gegen diese Politik, sahen aber keine ausreichenden Möglichkeiten zu erfolversprechender Gegenwehr. Allerdings ist auch zu vermerken, daß der entschiedenste Verfechter des gewerkschaftlichen Arbeitsbeschaffungsplans, Wladimir Woytinsky, diesen Papen-Plan ausdrücklich als »Wende der Konjunkturpolitik« begrüßt hat, ohne ihm indessen – wegen der mangelhaften sozialpolitischen Fundierung des Programms – Erfolgsaussichten einzuräumen.

Ein Erfolg dieser »Wende« war denn auch nicht in Sicht. Um eine Konjunkturbelebung einzuleiten, waren die bereitgestellten Mittel wohl auch zu gering; auch war der Zeitpunkt der Initiative – in den Winter hinein – saisonal überaus ungünstig gewählt; und schließlich mangelte es offenbar an der konkreten Planung von Projekten,

so daß bis zum 11. Dezember 1932 erst 236 Millionen RM dieses 300 Millionen-Programms abgerufen waren.

### Grundzüge der Arbeitsbeschaffungspolitik Schleichers und der Regierung Hitlers

Die Regierung Kurt von Schleichers, des »sozialen Generals«, knüpfte ohne Zweifel an die Arbeitsbeschaffungspolitik Papens an. »Arbeitsbeschaffung« rangierte indessen eindeutiger als zuvor an der führenden Stelle des Regierungsprogramms; dies machte die Regierungserklärung Schleichers vom 3. Dezember 1932 deutlich, und dies wird auch durch die Bestellung von Günter Gereke, einem der Wortführer der »konjunkturpolitischen Reformer«, zum Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung unterstrichen. Schleicher hat sich überdies bemüht, mit seiner Initiative in der Frage der Arbeitsbeschaffung die Basis für ein Arrangement unterschiedlicher Parteigruppierungen zu gewinnen; erinnert sei nur an die Versuche zur Bildung einer »Gewerkschaftsachse«, durch die Schleicher seine Position abzusichern bemüht war. Mit Gregor Strassers Rücktritt und seiner problemlosen Entmachtung innerhalb der NSDAP sowie mit der Weigerung der Freien Gewerkschaften, sich an der SPD vorbei zu institutionellen Formen der Zusammenarbeit mit anderen Parteien bzw. mit der Regierung bereitzuerklären, waren derartige Überlegungen zu einer parlamentarischen Untermauerung der Regierung Schleichers bereits im Dezember 1932 gescheitert.

Die Freien Gewerkschaften wären wohl – wenn nicht die SPD-Führung Einspruch erhoben hätte – bereit gewesen, die Regierung des »sozialen Generals« zu tolerieren, um damit – wie es hieß – »Schlimmeres« zu verhüten. Einflußreiche Kreise der unternehmerischen Interessenvertretung aber sahen die Bemühungen Schleichers um Kontakte zu den Gewerkschaften sowie die Aufhebung der größten Härten der September-Notverordnungen Anfang Dezember 1932 nicht ohne Argwohn; sie versuchten Schleicher auf die Linie Papens festzulegen: Papen habe in der Wirtschaft – so zum Beispiel Krupp von Bohlen und Halbach am 14. Dezember 1932 im Hauptausschuß des Reichsverbandes der Deutschen Industrie – eine »Vertrauenswelle« hervorgerufen, da er »eine Belebung der Wirtschaft von der Seite der persönlichen Initiative her auszulösen« versucht habe. Die Regierung Schleicher müsse – wolle sie dieses Vertrauen erhalten – »sorgfältig darauf bedacht sein, die Grundlinien des Programms Papens zu wahren, Abänderungswünsche dieser oder jener Gruppe mit aller Vorsicht zu behandeln und vor allen Dingen gefährliche kredit- und währungspolitische

Experimente zu verhindern«. Insbesondere das System der Steuergutscheine müßte erhalten bleiben.

In der Tat veränderte die Regierung Schleicher nicht das Grundmuster der Arbeitsbeschaffungspolitik; nach internen Kontroversen – Gereke forderte ein Sofortprogramm von 600 Millionen RM für öffentliche Aufträge von Reich, Ländern und Gemeinden, die Reichsbank unter Hans Luther war nicht bereit, mehr als 500 Millionen RM zu bewilligen – wurde am 28. Januar 1933, an dem die Kanzlerschaft Schleichers endete, die Aufstockung der Arbeitsbeschaffungsmittel auf 500 Millionen RM verordnet. Das Reich bürgte bis zu dieser Summe für die Vorfinanzierung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen durch die Reichsbank, ohne also selbst diese Mittel im Reichsetat bereitstellen zu müssen.

Dieses 500-Millionen-Programm bildete den Grundstock der Arbeitsbeschaffungspolitik der Regierung Hitler, die die bereitgestellten Mittel dann am 1. Juni 1933 mit dem ersten Reinhardt-Programm auf 1 Milliarde RM erhöhte, um damit 700 000 bis 800 000 Arbeitsplätze zu schaffen. Diese Ausdehnung der Arbeitsbeschaffungsoffensive war eingebettet in zweierlei Bemühungen. Erstens sollte das Vertrauen der Privatwirtschaft zu der neuen Regierung erhalten bzw. gestärkt werden; dazu gehörte die Versicherung, an Einstellungsgesprächen und Steuergutscheinen festhalten zu wollen; dazu zählte zudem das Versprechen, auch bei einem zu erwartenden Wirtschaftsaufschwung die Sozialausgaben weiter zu senken und die Steuerlastquote der Privatunternehmen beizubehalten. Und in diesem Zusammenhang wird man auch an die Einschränkung der Arbeitnehmerrechte – von der Aufhebung des Betriebsrätegesetzes bis zum Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit – und vor allem an die Terrorisierung und dann Zerschlagung der Gewerkschaften sowie der politischen Arbeiterbewegung denken müssen.

Zum zweiten war die Arbeitsbeschaffungspolitik von vornherein dem Ziel der »Wehrhaftmachung« des Deutschen Reiches untergeordnet. Schon am 3. Februar wies Hitler in einer Rede vor Reichswehrbefehlshabern darauf hin, die Wirtschaftskrise könne nur durch die Erweiterung des »Lebensraumes« überwunden werden. Am 8. Februar 1933 beschloß das Kabinett, die Maßnahmen der Arbeitsbeschaffung hätten der »Wehrhaftmachung« zu dienen; demgemäß sollten erst die Ausgaben für die Wehrmacht aufgestockt werden. Und am 9. Februar 1933 betonte Hitler in der Sitzung des »Kabinetts-Ausschusses für Arbeitsbeschaffung und ländliche Siedlung«, dem nun auch der Reichswehrminister und der Reichskommissar für Luftfahrt angehörten, »die absolute Vorrangstellung der Interessen der Landesverteidigung bei der Vergabe öffentlicher Aufträge«. In den Ausschußberatungen zeigte

sich, daß sich die Reichswehrführung mit der Anforderung von 50 Millionen RM glaubte bescheiden zu können; Hitlers Stellungnahme würde ich gerne in einem längeren Auszug aus dem Protokoll zitieren:

»Die Zukunft Deutschlands hänge ausschließlich und allein vom Wiederaufbau der Wehrmacht ab. Alle anderen Aufgaben müßten hinter der Aufgabe der Wiederaufrüstung zurücktreten. Mit der Geringfügigkeit der vom Reichswehrministerium jetzt angeforderten Mittel könne er sich nur abfinden aus der Erwägung heraus, daß das Tempo der Aufrüstung im kommenden Jahr nicht stärker beschleunigt werden könne. Jedenfalls stehe er auf dem Standpunkt, daß in Zukunft bei der Kollision zwischen Anforderungen für die Wehrmacht und Anforderungen für andere Zwecke die Interessen der Wehrmacht unter allen Umständen vorzugehen hätten. In diesem Sinne sei auch die Vergebung der Mittel des Sofortprogramms zu entscheiden. Er halte die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Vergebung öffentlicher Aufträge für die geeignetste Hilfsmaßnahme. Das 500-Millionen-Programm sei das größte seiner Art und besonders geeignet, den Interessen der Wiederaufrüstung dienstbar gemacht zu werden. Es ermögliche am ehesten die Tarnung der Arbeiten für die Verbesserung der Landesverteidigung. Auf die Tarnung müsse man gerade in der nächsten Zukunft besonderen Wert legen, denn er sei überzeugt davon, daß gerade die Zeit zwischen der theoretischen Anerkennung der militärischen Gleichberechtigung Deutschlands und der Wiedererreichung eines gewissen Rüstungsstandes die schwierigste und gefährlichste sein werde. Erst wenn Deutschland soweit aufgerüstet habe, daß es für den Zusammenschluß mit einer anderen Macht bündnisfähig werde, nötigenfalls auch gegen Frankreich, werde man die Hauptschwierigkeiten der Aufrüstung überwunden haben.«

Vor dem Hintergrund dieser Äußerung will es mir schwer fallen, strikt zwei Phasen in der Arbeitsbeschaffungspolitik – erst zivile, dann militärische – zu unterscheiden. Dies gilt im übrigen auch für den im Frühsommer 1933 projektierten Bau der Reichsautobahn, die – so Hitler bereits am 29. Mai 1933 – »gegen Fliegerangriffe gesichert sein [werde], weil sie mit einer Eisenbetondecke versehen wird«. Weder die Idee der Arbeitsbeschaffung, noch der Finanzierungsweg waren vom Kabinett Hitler entwickelt worden; neu war aber die Einordnung der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in eine auf militärische Expansion zielende Rüstungspolitik, die begleitet wurde von der politischen und gewerkschaftliche Entwaffnung der Arbeitnehmerschaft und damit vom Aufbau einer terroristischen Diktatur. Aus dieser Feststellung darf man indessen nicht den Schluß ziehen, die nationalsozialistische Variante der Konjunkturpolitik – forcierte Aufrüstung mit Zerschlagung der Arbeiterbewegung und Aufbau einer Diktatur – sei der allein mögliche Ausweg aus der Wirtschaftskrise gewesen. Die Wirtschaftskrise war gewiß eine der wichtigsten Voraussetzungen für die nationalsozialistische Machtübernahme, aber diese folgte nicht notwendig aus der Krise. Zu erinnern ist nur an das Beispiel anderer Länder, die trotz

ähnlicher Betroffenheit von der Weltwirtschaftskrise nicht zu faschistischen »Lösungen« griffen. Vielleicht können wir in der Diskussion auf die Frage eingehen.

Und ebenfalls diskussionswürdig erscheint mir die Feststellung mancher Nationalökonomien bzw. Wirtschaftshistoriker, nach deren Ansicht die besondere Geradlinigkeit des Wirtschaftsaufstiegs im Deutschen Reich von 1933 bis 1936/37 unter Umständen vor allem der Tatsache zu danken sei, daß der gewerkschaftliche Einfluß bereits 1933 ausgeschaltet wurde. Wir müßten uns also mit der Frage auseinandersetzen, ob nicht – unter den Bedingungen einer kapitalistischen Wirtschaft – der Wirtschaftsaufschwung desto gradliniger verläuft, je »disziplinierter« sich die Gewerkschaften verhalten; die Palette reichte etwa von der arbeitgemeinschaftlichen Zusammenarbeit in einer »konzertierten Aktion« über die Unterstellung unter politische Vorgaben bis hin zur Zerschlagung der Gewerkschaften. Ist also – so müßten wir uns fragen – Zurückhaltung der Gewerkschaften in Verteilungskämpfen eine aus historischer Erfahrung begründbare Strategie zur Wiederherstellung der Voraussetzungen eines privatkapitalistischen Wirtschaftsaufschwungs?

#### Anmerkung

\* Da auf Anmerkung verzichtet wurde, um den Charakter des mündlichen Vortrages nicht zu verändern, sei für Belege und weiterführende Hinweise verwiesen auf: Michael Schneider, Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der ADGB. Zur gewerkschaftlichen Politik in der Endphase der Weimarer Republik, Bonn-Bad Godesberg 1975.

*Michael Schneider*

## Bericht der Arbeitsgruppe 2

Wir haben versucht, uns in zwei Durchgängen dem Thema unserer Arbeitsgruppe zu nähern und den Problembereich »Arbeitslosigkeit – Sozialabbau – Demokratieverlust« und damit die »gewerkschaftlichen Handlungsspielräume in der Krise« auszuloten. Der erste Durchgang wurde – nach einer Einführung in die Problemstellung der Arbeitsgruppe durch Professor Hans-Hermann Hartwich – durch vier Referate zu jeweils einem Teilaspekt unseres Themas bestritten; ich will zunächst versuchen, die Ergebnisse dieser Referate zu skizzieren, um danach über den zweiten Durchgang, die Diskussionsrunde, zu berichten.

Wie gesagt, hat zunächst *Professor Hartwich* die Themenstellung unserer Arbeitsgruppe erläutert; er hat knapp die Situation in Deutschland zu Beginn der 30er Jahre skizziert, hat die Komplexität der Wirtschaftskrise und die politische Lage – speziell die strukturellen Defizite und die Ausschaltung des Parlaments im Zuge der Notverordnungs politik – herausgearbeitet, um damit die Fragestellung der Arbeitsgruppe auf die Probleme des Handlungsspielraums der Gewerkschaften und auf die Chancen einer offensiven Arbeitsbeschaffungspolitik hin zuzuspitzen.

*Professor Holtfrerich* hat mit seinem Referat einen Aspekt aus der Diskussion um die Ursachen der Weltwirtschaftskrise herausgegriffen: die Frage der Lohnhöhe; diese ist nicht zuletzt deswegen von Interesse, weil jüngst – insbesondere von Knut Borchardt, mit dessen Thesen sich Herr Holtfrerich denn auch besonders auseinandergesetzt hat – der Versuch gemacht worden ist, die Lohnhöhe als mitverantwortlich für die besondere Krisenschwere, wenn nicht überhaupt als Ursache der Krise selbst anzuprangern. Es geht um die Annahme, die Regierung Brüning habe ohnehin – also selbst wenn sie eine antizyklische Konjunkturpolitik befürwortet hätte – keinen Handlungsspielraum für die Realisierung einer solchen offensiven Krisenpolitik gehabt. Dies sei zum einen auf die Reparationslasten und den Mangel an politischem Druck zugunsten alternativer wirtschaftspolitischer Konzeptionen zurückzuführen; von zentraler Bedeutung für die Beurteilung der Politik der Regie-



rung Brüning müsse jedoch die Erkenntnis sein, daß der Handlungsspielraum Brünings schon durch die Entwicklung der Wirtschaft in der zweiten Hälfte der 20er Jahre im Grunde genommen als verspielt zu gelten habe. Schon vor der »großen« Weltwirtschaftskrise habe die deutsche Wirtschaft das Bild einer »Kranken« geboten. Als Indikatoren dieser Situation in den Jahren 1924 bis 1929 seien – im langfristigen Vergleich – ein relativ geringes wirtschaftliches Wachstum, eine relativ niedrige Investitionsrate und eine relativ hohe Arbeitslosigkeit zu betrachten. Die Ursache für das relativ geringe Wirtschaftswachstum und die relativ hohe Arbeitslosigkeit wird in der geringen Investitionsrate gesucht, die ihrerseits auch und vor allem auf die im Verhältnis zur Produktivität »zu hohen« Löhne zurückzuführen sei. Für die Höhe der Löhne habe es in den 20er Jahren keine wirtschaftlichen Gründe gegeben, sondern die Ursachen der Lohnhöhe seien im politischen Bereich zu suchen, und zwar vor allem im Instrument der staatlichen Zwangsschlichtung, durch die die Tariflöhne in die Höhe getrieben worden seien. Aus dieser Argumentation könnte man schließen, die Gewerkschaften hätten wegen ihrer Lohnpolitik einen nicht geringen Anteil an der Verantwortung für die Wirtschaftskrise mit all ihren sozialen und politischen Konsequenzen.

Herr Holtfrerich hat mit seinem Referat versucht, diese These mit mehreren Argumenten zu entkräften. Ich möchte nur zwei Problemkreise herausgreifen: Erstens hat sich Herr Holtfrerich mit der Behauptung auseinandergesetzt, die Löhne in der zweiten Hälfte der 20er Jahre seien nicht zuletzt deswegen als überhöht zu bezeichnen, weil ihre Steigerungsraten über die der Produktivität hinausgegangen seien; bei seiner Gegenüberstellung der Entwicklung der Bruttostundenlöhne und der der Arbeitsproduktivität pro Stunde – wegen der Arbeitszeitverkürzung könne man nicht die Produktivität pro Beschäftigten zum Vergleich heranziehen – kommt er zu dem Ergebnis, daß die Löhne keineswegs den Rahmen, der durch die Produktivitätsentwicklung vorgezeichnet sei, gesprengt hätten.

Nun zum zweiten Argument Herrn Holtfrerichs: Die relativ geringe Investitionsrate in den 20er Jahren sei nicht zurückzuführen auf ein vermeintlich überhöhtes Lohnniveau, sondern auf das überhöhte Zinsniveau; aufgrund spezifischer Entwicklungen in der Weimarer Republik – vor allen Dingen sei zu denken an den Verlust des Vermögens der Mittelschichten im Zuge der Inflation und an die Verstärkung von Handelsschranken mit ihren Folgen für die deutsche Exportwirtschaft – sei die Investitionsrate relativ gering gewesen. Um die angesichts von Kapitalmangel und hohen Zinsen unterbliebenen Investitionen dennoch anzureizen, hätte –

so Herr Holtfrerichs Vorschlag – die Kapitalbildung in Arbeitnehmerhand bereits in den 20er Jahren gefördert werden müssen. Aus vermögensbildenden Maßnahmen entstandene Kapitalfonds wären also nicht nur ein Beitrag zur Demokratisierung der Wirtschaft gewesen, sondern sie hätten vor allem zur Entlastung des Kreditmarktes und damit zur Senkung der Zinsen beigetragen.

Im Mittelpunkt des Referats von *Professor Petzina* über Verlauf und Charakter der Weltwirtschaftskrise standen einerseits Überlegungen zum Verhältnis internationaler und nationaler Faktoren in der Weltwirtschaftskrise, andererseits zum Zusammenhang von spezifischen Krisenbedingungen und Krisenpolitik. Herausgearbeitet wurden die Veränderungen des weltwirtschaftlichen Systems mit und nach dem Ersten Weltkrieg: Kartellierung und Konzentration, administrative Überformung von Löhnen und Preisen, Inflation, Rationalisierung und schließlich die quantitative Vergrößerung sowie qualitative Veränderung der Rolle des Staates für die wirtschaftliche Entwicklung – das sind die Stichworte, mit denen hier nur die Rahmenbedingungen der Krise angegeben werden können. An der Entwicklung der Investitionsrate, der Industrieproduktion und auch der Arbeitslosigkeit wurde sodann der Krisenverlauf in den 30er Jahren verdeutlicht, wobei Herr Petzina insbesondere auf die Sonderbedingungen der deutschen Krise hinwies – gerade auf die Erfahrung der Inflation und die Folgen der Reparationen; zu denken ist vor allem auch an das Problem der kurzfristigen Auslandskredite, speziell aus den USA, deren Kreditgeber überaus sensibel auf die politische Entwicklung in Deutschland reagierten.

Hinsichtlich des zweiten Problemkreises – der Frage der Krisenpolitik – hat Herr Petzina die These vertreten, daß die Vorrangstellung, die die Regierung Brüning den Zielen Etaausgleich und Sozialabbau, Förderung von Export- und Landwirtschaft sowie Preis- und Lohnsenkungen beimaß, eben nicht wirtschaftlichen Notwendigkeiten folgte, sondern daß dafür eine politische Prioritätensetzung verantwortlich war. In Übereinstimmung mit der Position von Großagariern und Großindustrie vertat die Regierung Brüning die Chance einer Konjunkturbelebung durch defizitäre Arbeitsbeschaffungsprogramme; sie betrieb eine Umschichtung des Reichshaushalts vor allem zugunsten der Großlandwirtschaft und zu Lasten der sozial Schwächeren; damit leistete sie ihren Beitrag zur Zerstörung des sozialen Grundkonsenses der Weimarer Demokratie.

Im Anschluß an das Referat von Herrn Petzina habe ich versucht, die Entwicklung der Arbeitsbeschaffungspolitik von der Regierung Papen zur Regierung Schleicher und schließlich zum Kabinett Hitler nachzuzeichnen. Ich habe mich herauszuarbeiten bemüht,

daß es der Regierung Papen nicht zuletzt dadurch gelungen ist, eine begrenzte Befürwortung der Arbeitsbeschaffungspolitik auch im Kreise der Unternehmerschaft zu gewinnen, daß sie die vorsichtigen Anfänge einer defizitären Konjunkturpolitik mit dem »Bonbon« weiteren Sozialabbaus sowie weiterer Lohn- und Gehaltssenkungen »versüßt« hat; striktes Festhalten an den Versatzstücken privatwirtschaftlicher Ideologie, über jeden Zweifel erhabene Frontstellung gegen die Arbeiterbewegung – unter Beweis gestellt auch am 20. Juli 1932 mit dem »Preußenschlag« – und schließlich die Politik des notverordneten Sozialabbaus, dies dämmte unternehmerische Vorbehalte gegen eine aktive Konjunkturpolitik ein.

Das Ausmaß der ersten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Regierung Papen von 135 Millionen RM im Juni 1932, das dann schließlich im Herbst auf 300 Millionen RM gesteigert wurde, mag zwar als erster Schritt auf dem richtigen Weg gelten können; doch erstens war die Gesamtsumme viel zu gering dimensioniert, und zweitens muß der Zeitpunkt der Mittelvergabe – in den Herbst/Winter hinein – als saisonal ungünstig betrachtet werden. Auch für die Arbeitsbeschaffungsinitiative vom Herbst 1932 gilt jedoch, daß sie eingebettet war in ein Programm, das sich als »Hilfe zur Selbsthilfe« verstand: Maßnahmen der Kostensenkung für die Privatwirtschaft durch Lohn- und Sozialabbau standen Subventionen wie Mehreinstellungsprämien und Steuergutscheine gegenüber. Die Regierung Schleicher hat das staatliche Arbeitsbeschaffungsprogramm dann im Dezember 1932/Januar 1933 auf 500 Millionen RM aufgestockt; auch dies war – man denke nur daran, daß der ADGB in seinem Arbeitsbeschaffungsplan die Bereitstellung von zwei Milliarden RM gefordert hatte – immer noch relativ wenig. Es mag zum raschen Ende der Regierung Schleicher beigetragen haben, daß sie die schlimmsten sozialen Härten der Septembernotverordnung Papens noch im Dezember 1932 rückgängig gemacht und überdies zur Verbreiterung ihrer parlamentarischen Basis den Kontakt zu den Gewerkschaften gesucht hatte.

Schließlich habe ich versucht, deutlich zu machen, daß die Arbeitsbeschaffungspolitik der Regierung Hitler mit ihrer konsequenten Aufstockung der finanziellen Mittel nur vor dem Hintergrund einer doppelten Zielrichtung interpretiert werden kann: Zum einen sollte der Privatwirtschaft klargemacht werden, daß ihre prinzipiellen Interessen von der Regierung nicht verletzt würden; Terror gegen die Gewerkschaften, Abbau der Arbeitnehmerrechte und dann Zerschlagung der Arbeiterbewegung unterstrichen die Glaubwürdigkeit der Bekenntnisse zu den Grundlagen der Privatwirtschaft.

Zum anderen war die Arbeitsbeschaffungspolitik von vornherein

eingebunden in das Ziel der »Wehrhaftmachung« des Deutschen Reiches; diese Prioritätensetzung auch der Arbeitsbeschaffungspolitik wurde von Hitler bereits am 9. Februar 1933 im Kabinettsauschuß für Arbeitsbeschaffung formuliert. Von daher schien es mir nur sehr schwer möglich zu sein, strikt zwei Phasen der nationalsozialistischen Arbeitsbeschaffungspolitik – erst zivile Arbeitsbeschaffung, dann Aufrüstung – zu unterscheiden.

Im vierten Referat, das Herr *Dr. Weisbrod* vorgetragen hat, ging es um das Verhältnis von Unternehmern und Gewerkschaften in der Endphase der Weimarer Republik. Klar ist dabei herausgearbeitet worden, daß man auch in den grundsätzlichen Interessenauseinandersetzungen zu Beginn der 30er Jahre nicht uneingeschränkt von einer einheitlichen Strategie »der« Arbeitgeber bzw. »der« Industrie ausgehen kann; gerade wenn man nicht nur auf die Politik des Reichsverbandes der Deutschen Industrie und der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände schaut, sondern auch die tarifpolitische Praxis der einzelnen Fachvereine berücksichtigt, werden die Differenzen innerhalb des unternehmerischen Lagers deutlich, die indessen in zunehmendem Maße von den Prioritätensetzungen der schwerindustriellen Interessenvertretung überlagert wurden.

Sodann hat sich Herr Weisbrod mit der These Knut Borchardts auseinandergesetzt, nach der in der Ära Brüning von einem deflationären Konsens zwischen Gewerkschaften und Industrie auszugehen sei. Herr Weisbrod hat diesem vermeintlichen Konsens vor allem in den Verhandlungen von Gewerkschaften und Arbeitgebern vom Frühjahr und dann Herbst/Winter 1930 nachgespürt; er kommt zu dem Ergebnis, daß man für einen Konsens allenfalls in der Frage der Preissenkung Ansätze feststellen könne, daß aber ein weitergehender Kompromiß speziell am hartnäckigen Widerstand der westdeutschen Schwerindustrie gegen Maßnahmen der Arbeitszeitverkürzung gescheitert sei.

Schließlich hat Herr Weisbrod herausgearbeitet, daß die Arbeitgeber seit dem Ruhreisenstreit (1928) immer stärker nicht mehr nur auf Lohnsenkungen, sondern darüber hinaus auf die Abschaffung der »Zwangsschlichtung« und auf die Lockerung des Tarifvertragssystems zielten; damit wurde die Entwaffnung der Gewerkschaften zum tarifpolitischen Programm der Arbeitgeber. »Reform des Schlichtungswesens« und »Reform des Tarifvertrages« – mit diesem Namen wurden die Ziele beschönigt. Ergänzt wurde das Programm durch die »Reform der Sozialversicherung« und die »Reform des Parlamentarismus«; auch hier darf man wohl ruhig statt von »Reform« von »Abbau« sprechen. Diese Position der Arbeitgeber, so hat Herr Weisbrod sehr eindringlich deutlich machen können, diese Position entsprang keineswegs ökonomischen Notwendigkeiten, sondern sie folgte einer politischen Prio-

ritätensetzung: Mit der Lohnsenkungskampagne wurden den Gewerkschaften und den Arbeitnehmern nicht nur die Lasten der Krise, sondern auch die Schuld an der Krise aufgeladen; die Funktionalisierung der Krise zugunsten des Abbaus der gewerkschaftlichen Rechte darf also nicht übersehen werden.

Im Mittelpunkt der zweiten Runde unserer Arbeitsgruppensitzung, der Diskussion, standen drei Problemkomplexe: Erstens wirtschaftspolitische Detailprobleme, zweitens die Entwicklung der politischen Situation und drittens – quasi als Verknüpfung beider Aspekte – die Problematik des Bruchs der Großen Koalition im März 1930.

Kontrovers diskutiert wurde zunächst – aufgrund einer Stellungnahme von Herrn Beerhorst – die Frage, ob und inwieweit der Vorschlag einer Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand als Voraussetzung für die Schaffung eines Kapitalfonds als realistisch gelten dürfe oder nicht. Einmal abgesehen vom Problem der (politischen) Durchsetzbarkeit eines solchen Konzepts wurde in der Diskussion bezweifelt, daß die reale Lohnhöhe überhaupt Raum für das Abzweigen von Anteilen zur Kapitalbildung geboten hätte.

Die Veränderungen der politischen Situation – speziell das Problemfeld »Demokratieverlust« – wurden von *Professor Kühnl* angesprochen. Wer soll die Lasten der Krise tragen? Und: Wie ist die Lastenverteilung zugunsten von Großindustrie und Landwirtschaft politisch durchsetzbar? – anhand dieser Leitfragen wurde die Entsprechung von unterschiedlichen Modellen der Krisenpolitik und unterschiedlichen sozio-ökonomischen Interessenpositionen skizziert. Aus dem Ziel einer Abwälzung der Krisenlasten auf die Schultern der Arbeitnehmerschaft ergaben sich – so führte Herr Kühnl aus – bestimmte Konzeptionen zum Abbau demokratischer Rechte und zur Entfunktionalisierung der Gewerkschaften. Mit dem Aufbau politischer Feindbilder und mit der Aushöhlung der parlamentarischen Demokratie wurden die Voraussetzungen geschaffen, um auf Dauer neue Verteilungsverhältnisse zu installieren. Diesen Zusammenhang von wirtschaftlichen Interessen und politischen Konzeptionen haben die Gewerkschaften in seiner Tragweite als Bedrohung der eigenen Existenz – so lautete die Kritik – nicht klar erkannt.

Der dritte Problemkreis, der – eingeleitet durch eine Stellungnahme von *Professor Witt* – ausführlicher diskutiert wurde, war die Frage des Bruchs der Großen Koalition im März 1930. Ausgangspunkt der Diskussion war die These, daß Sozialdemokratie und Freie Gewerkschaften wegen eines Mangels an Kompromißbereitschaft in der Frage der Leistungssenkung bzw. Beitragserhöhung zur Arbeitslosenversicherung die letzte Chance vertan hätten, die

Weimarer Demokratie zu erhalten. Kontrovers diskutiert wurde die Frage, ob es nicht für die bürgerlichen Koalitionspartner der SPD ziemlich gleichgültig war, welcher Anlaß zur Sprengung der Regierung genutzt wurde: Wenn die Große Koalition nicht am Problem der Arbeitslosenversicherung zerbrochen wäre, dann eben am Streit um den Ausgleich des Reichsetats; Ziel der bürgerlichen Koalitionsparteien sei es ohnehin gewesen, die SPD aus der Regierung zu drängen – ein Bemühen, das, wie wir wissen, schließlich erfolgreich war.

Ganz zum Schluß soll noch angemerkt werden, daß in einem Diskussionsbeitrag – von Herrn Pingel – Unbehagen darüber artikuliert wurde, daß unsere Arbeitsgruppe den Gegenwartsbezug des Themas nur unzureichend herausgestellt habe; meine Hoffnung kann nur sein, daß das aktuell-politische Interesse von der Podiumsdiskussion am heutigen Nachmittag befriedigt wird.